

Joachim Bischoff/Björn Radke

NEUE LINKE. im 21. Jahrhundert

Chancen und Anforderungen

Zum Parteibildungsprozess von

WASG DIE LINKE. PDS
Die Wahlalternative

In der Bundesrepublik Deutschland wird in den nächsten Monaten eine pluralistische gesamtdeutsche Partei der LINKEN auch offiziell die politische Arena betreten. Seit den Bundestagswahlen 2005 – in einem Bündnis von Wahlalternative und PDS holte die LINKE 8,7% der Stimmen und 53 Bundestagsmandate – steht die Entwicklung einer neuen politischen Formation im Zentrum der Bemühungen von vielen. Auf parallel stattfindenden Parteitag im März 2007 werden die für die Neugründung erforderlichen Beschlüsse gefasst und anschließend das Votum der Mitglieder in Urabstimmungen eingeholt werden.

Aus unserer Sicht ist der Zusammenschluss mehrerer linker Strömungen und Richtungen in einer gemeinsamen Partei ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Opposition gegen den neoliberalen Kapitalismus. Dieser darf sich jedoch nicht auf die Herausbildung einer sich in erster Linie als Wahlpartei verstehenden Formation in der parlamentarischen Arena beschränken. Es geht vielmehr ganz wesentlich um einen Beitrag zur Erneuerung der demokratischen Willensbildung und um Impulse in der gesellschaftskritischen Debatte.¹ Da die Auseinandersetzungen um Alternativen zum Neoliberalismus auch in der Zivilgesellschaft geführt werden, bedarf es der Formierung und Stärkung von gesellschaftlichen Bündnissen zur Veränderung der politischen Kräfteverhältnisse. Dafür brauchen wir eine »lernende Organisation« mit vielen Facetten und Betätigungsweisen für Mitglieder und Interessierte.

Auch in den europäischen Nachbarländern steht die Neugründung der systemkritischen Linken auf der Tagesordnung. Nach dem endgültigen Zusammenbruch des »Realsozialismus«, dem mehrere schwere Krisen vorausgingen, blieb keine linke Partei im Westen von Auseinandersetzungen um eine grundlegende Neuorientierung verschont – wie kritisch oder unkritisch das Verhältnis zu den staatssozialistischen Ländern vorher auch immer ausgeprägt war. Selbst nach über einem Jahrzehnt intensiver Debatten ist es bislang nirgendwo gelungen, plausibel

Joachim Bischoff ist Mitglied der WASG Hamburg, **Björn Radke** der WASG Schleswig-Holstein. Wir fassen hier einige zentrale Überlegungen aus den Debatten um den Parteibildungsprozess der letzten Zeit zusammen.

¹ Vgl. hierzu zum Beispiel »Ende der Geschichte? Über die Chancen eines modernen Sozialismus«, Vortrag von Gregor Gysi am 24.1.2007 an der Universität Marburg.

zu umreißen, was angesichts wachsender Widersprüche, zunehmender Ungleichheit und Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Entwicklung eine realisierbare Perspektive des demokratischen Sozialismus im 21. Jahrhundert sein kann.

- Ist eine sozialistische Gesellschaftsformation realisierbar, in der die grundlegenden Fehlentwicklungen und Defizite der staatssozialistischen Versuche aufgehoben sind?
- Wie ist eine neue Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung zu erreichen, auf der auch die bedrückenden Strukturen männlicher Herrschaft aufgehoben sind und ein nachhaltiger Umgang mit den natürlichen Ressourcen durchgesetzt werden kann?
- Und wie ist tatsächlich eine andere Welt möglich, in der sich die Peripherie vom Joch der Unterdrückung befreien und eine friedliche Regelung der internationalen Beziehungen sichergestellt werden kann?

Auch die NEUE LINKE in Deutschland steht vor diesen Herausforderungen. Sie verfügt insofern über ein großes Potenzial zur Bewältigung dieser Anforderungen, weil ein Teil ihrer Mitglieder auf reale Erfahrungen und das soziale Gedächtnis des gescheiterten Sozialismusversuchs zurückgreifen kann. Dass gerade in Deutschland, das jahrzehntelang durch den Systemgegensatz geprägt war, sich Kräfte anschicken, die tiefgreifenden Spaltungslinien und die Deformationen der verschiedenen politischen Kulturen aufzuheben, die das gesamte 20. Jahrhundert prägen, ist ein ermutigender Vorgang.

Gleich ob wir die Erfahrungen mit einer staatssozialistischen Gesellschaftsordnung oder eine politische Sozialisation in einem sozial regulierten Kapitalismus unterlegen – das 21. Jahrhundert wirft uns auf die Anfangsgründe jeder radikalen Kapitalismuskritik zurück: *»Denn wenn auch kein Zweifel über das ›Woher‹, so herrscht desto mehr Konfusion über das ›Wohin‹. Nicht nur, dass eine allgemeine Anarchie unter den Reformern ausgebrochen ist, so wird sich jeder selbst gestehen müssen, dass er keine exakte Anschauung von dem hat, was werden soll.«* (Karl Marx) Allerdings, und dies ist gegenüber der Kapitalismuskritik im 19. Jahrhundert eine nicht zu unterschätzende Verschlechterung, gilt für uns heute nicht: Es ist der *»Vorzug der neuen Richtung, dass wir nicht dogmatisch die Welt antizipieren, sondern erst aus der Kritik der alten Welt die neue finden wollen«*.

Vor dem Hintergrund der tragischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert klammern sich linke Strömungen allzu häufig an vermeintliche Gewissheiten. Die ideologischen Spaltungen aus dem vorherigen Jahrhundert können jedoch keine Orientierung für die Gegenwart mehr liefern. Im Grundsatz gilt der Wahlspruch: *»Wir treten der Welt nicht mit einem neuen Prinzip entgegen: Hier ist die Wahrheit. Wir entwickeln der Welt vielmehr aus ihren Prinzipen neue Prinzipien« (Karl Marx)*. Diese Herangehensweise sehen wir in der Parole der globalisierungskritischen Organisationen *»Eine andere Welt ist möglich«* aufgehoben.

Neuer Kapitalismus – Neue Antworten

Der Zusammenbruch der staatssozialistischen Gesellschaften und die Zersetzung der sozial regulierten kapitalistischen Ökonomien sind weitgehend auf dieselben gesellschaftlichen Entwicklungstrends zurückzuführen. Der Niedergang von Keynesianismus und sozialer Regulation in den kapitalistischen Gesellschaften im Westen sowie der Zusammenbruch des Staatssozialismus im Osten haben zentral damit zu tun, dass die Produktivitäts- und Reichtumsentwicklungen sozial nicht zureichend beherrscht und gesteuert wurden. Wir sind konfrontiert mit dem Schrumpfen industrieller Produktion und einem enormen Bedeutungszuwachs von Dienstleistungen. Diese Strukturveränderungen sind eingebunden in die Aufwertung von Individualismus und Subjektivität mit erheblichen Rückwirkungen auf die überlieferten gesellschaftlichen Milieus. In den sozialen Sicherungssystemen und vielen Alltagsbereichen dominieren nach wie vor männliche Geschlechterrollen und entsprechende Unterdrückungsverhältnisse. Die immensen ökologischen Zerstörungen sind im Alltagsleben erfahrbar und haben neue Sensibilitäten hervorgebracht. Die politische Ökologie hat nicht nur alle Parteien herausgefordert, sondern ist selbst – mit den »Grünen« – zum Faktor einer eigenständigen Parteienformation geworden.

Seit drei Jahrzehnten sind wir Zeuge des Übergangs zu einem finanzmarktgetriebenen Kapitalismus. Dieser *»neue Kapitalismus«* mit seiner Flexibilisierung und Deregulierung setzt die in den früheren Jahrzehnten erkämpften Formen sozialer Beteiligung außer Kraft. Die Verschär-

fung der Verteilungauseinandersetzungen wird ergänzt durch massive Konflikte auf dem Terrain der internationalen Beziehungen. Von der Welthandelsorganisation über das Weltwährungssystem bis hin zum Ringen um einen Beitrag zur friedlichen Bewältigung von Regionalkonflikten oder Bürgerkriegskonstellationen zeigt sich die Vorherrschaft militärischer Interessenvertretung und die Geringschätzung des internationalen und Völkerrechtes.

In der Logik des neuen Kapitalismus sind Löhne, Arbeitszeiten und Arbeitsbedingungen lediglich Restgrößen. Die daraus resultierende – und politisch verstärkte – massive Ausweitung prekärer Arbeits- und Lebensverhältnisse hat nicht nur die Wirkung, dass sie den davon Betroffenen kaum die Möglichkeit eines relevanten Widerstandes oder gesellschaftlichen Protestes eröffnet, sondern die von der Prekarisierung ausgelöste Furcht erfasst rückwirkend auch die Mehrheit der Lohnabhängigen.

Die Folgen: Zunahme rechtspopulistischer Anschauungen und Einstellungen sowie eine wachsende Distanz gegenüber allen Formen der politischen Willensbildung (»Politikverdrossenheit«). Latent oder manifest rechtsextreme Einstellungen finden sich in allen sozialen Schichten sowie zivilgesellschaftlichen und politischen Organisationen (Parteien, Gewerkschaften und Kirchen) und in allen Bundesländern. Selbst »gefühltes« Linkssein schützt nicht vor rechtsextremen Einstellungen. Dieser alltägliche Rassismus wird vielfach durch tiefsitzende Rollenmuster männlicher Herrschaft befördert. Bisher wurde dieses rechtspopulistische Potenzial überwiegend von den großen Volksparteien integriert. Der Vertrauensverlust ins politische System und in die Parteien zeigt sich darin, dass der Anteil der NichtwählerInnen kontinuierlich zunimmt. Die Volksparteien verlieren ihre Leitziele, ihre historischen Subjekte, ihre sozialen Verwurzelungen.

Was ist neu?

Kern der Restrukturierung der Kapitalakkumulation ist die über die Liberalisierung des Kapitalverkehrs Ende der 1970er Jahre herausgebildete neue Qualität der Finanzmärkte. Die finanzmarktgetriebene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse setzt die sozialstaatlichen Regulationen außer Kraft. Das veränderte Akkumulationsregime verfügt über drei Transmissionsriemen:

- ein Netz von transnationalen Finanzinstitutionen, die jenseits der Kontrolle der Zentralbanken oder Finanzmarktagenturen arbeiten;
- die institutionellen Anleger (Fonds), die einen raschen Aufstieg erlebt haben;
- das Leihkapital auf den internationalen Finanzmärkten, das einen Höhenflug zulasten der Bankkredite zu verzeichnen hat.

Die Vorherrschaft der Finanzmärkte setzt sich einzelwirtschaftlich in eine Hegemonie des Shareholder value um, was zu einem beschleunigten Umbau der Unternehmenslandschaft und zu einer Ausweitung der Finanztransaktionen führt. Innerhalb der Unternehmen verändern sich die Machtstrukturen (corporate governance). Gemäß der Logik der Konzentration auf das Kerngeschäft erfolgt eine Neuorganisation der Unternehmensnetze. In der Folge registrieren wir eine Verschiebung der Verteilungsverhältnisse. Der Nettoertrag der Gesellschaften gehört den Aktionären (den Shareholdern mit ihren breiten gesellschaftlichen und politischen Netzwerken). Sie erhalten ihn in Form ausgeschütteter Dividenden oder gestiegener Aktienkurse. Was technischer Fortschritt, Kapitalakkumulation, Arbeit und Geschäftstüchtigkeit an Vermögen schaffen, fällt damit den Vermögenden in den Schoß.

Veränderung der Verteilungsverhältnisse

Die Verschiebung in den Anteilen von Arbeitnehmerentgelten (Löhnen) und Gewinn- und Vermögenseinkommen an der Wertschöpfung läuft faktisch auf die Aufkündigung des Grundsatzes der Leistungsgerechtigkeit hinaus. Die Vermögenseinkommen (Zinsen, Dividenden, Preisentwicklung von Vermögenstiteln) stehen nur insoweit im Zusammenhang mit einer Leistung, als sie auf die genaue Beobachtung der Kapitalmärkte und der darauf basierenden Entscheidungsprozesse zurückzuführen sind.

- Die Erträge aus Vermögen steigen stärker als die Arbeitseinkommen, ohne dass die Gewerkschaften dies mit ihrer Tarifpolitik hätten verhindern können.
- Durch die Stagnation der Arbeitseinkommen, Massenarbeitslosigkeit und prekäre Arbeits- und Lebensverhältnissen werden die sozialen Sicherungssysteme untergraben, die auf einer angemessenen Partizipation der Arbeitseinkommen an der Reichtumsentwicklung beruhen.

- Schließlich zeigt sich die Machtverschiebung auch in den Angriffen auf die Betriebsverfassung und die Tarifautonomie, an der Erosion des Systems der Mitbestimmung und der Schwächung der Stellung der Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben zu diesem »*neuen Kapitalismus*« noch keinen Zugang gefunden, um aus der Defensive heraus zu kommen. Gerade für sie ist jedoch wesentlich, dass der Kapitalismus sich in vielen und zentralen Bereichen verändert hat. Allerdings haben weder sie noch die politische Linke insgesamt hinreichende intellektuelle, philosophische oder politische Antworten auf diese Veränderungen gefunden.

Die Sozialdemokratie und die Grünen sind sich zwar nicht über die Ursachen, wohl aber über die Konsequenzen der veränderten Verhältnisse im Klaren. Der eigentliche Grund der wachsenden sozialen Spaltung und der Verfestigung von Armut resultiert aus der Aufgabe der lange Zeit gültigen Formel »Leistung gegen Teilhabe«. Der Riss, der die Gesellschaft mehr und mehr spaltet, läuft durch die mittleren sozialen Schichten. Es ist diese so genannte Mitte, an deren Angst vor Statusverlust und gesellschaftlichem Abstieg die etablierten Parteien ihre Strategien ausrichten.

Die »*neue Sozialdemokratie*« weiß, dass sie durch diese Entwicklung herausgefordert wird. »*Sicherheit und Aufstieg durch Leistung und nicht durch Privilegien, Vermögen und soziale Herkunft war von Anfang an Credo der Arbeiterbewegung, über Jahrzehnte auch das Prinzip der Bundesrepublik und immer ein Kernversprechen der Sozialen Marktwirtschaft.*«² Mittlerweile prägen die Vermögenden wieder die ökonomisch-soziale Entwicklung und die soziale Herkunft wird auch auf dem Terrain von Bildung, Gesundheit und Kultur zum wesentlichen Kriterium für Lebenschancen.

Trotz der Erfahrungen mit den Hartz-Reformen setzt die modernisierte Sozialdemokratie auf eine »*Angebotspolitik von links*«. Zu Recht konstatiert der Wahlforscher Franz Walter: Die sozialdemokratischen »*Spitzenleute überbieten sich in absurden Vorschlägen, wie man die Arbeitslosen auf Trab bringen kann. Insofern haben sich die Sozialdemokraten*

² K. Beck u.a., *Neue Werte schaffen, Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik*, Berlin 2006, S. 2f.

wirklich, nicht nur habituell, sondern auch politisch und sozial elementar von dieser Gruppe entfernt, die sie früher im Parlament zuvorderst vertreten haben. Es handelt sich hierbei um eine substanzielle, nachhaltige Entkoppelung zweier grundverschiedener, mittlerweile einander zutiefst fremd gewordener Lebenswelten und Interessenlagen.»³

Der Wunsch, dass die Lohnarbeit im Vergleich zu den Einkünften aus Unternehmertätigkeit und Vermögen nicht – wie in den letzten Jahrzehnten – abgehängt wird, ist verständlich, doch die angestrebten Maßnahmen – neuer Ordnungsrahmen für die Ausübung von Eigentumsrechten, Mitarbeiterbeteiligungen, Investivlöhne etc. – eignen sich nicht, um eine ausgewogene Einkommensverteilung herzustellen und die Privilegien der Vermögenden zurückzudrängen.

Anforderungen an die NEUE LINKE

In der bundesdeutschen Gesellschaft haben sich vor dem Hintergrund von hoher Arbeitslosigkeit, der Ausbreitung prekärer Arbeitsverhältnisse, verfestigter Armut, einer beschleunigten Erosion der sozialen Sicherheit und der Rückkehr von sozialer Unsicherheit tiefsitzende Zukunftsängste und ein massiver Vertrauensverlust in politische Institutionen ausgebreitet. Der gesellschaftliche Wandel erscheint als naturgebener Prozess, der von der Politik nicht gesteuert und kontrolliert werden kann. In der letzten Konsequenz führt dies zu einer Entkopplung der Politik und der demokratischen Willensbildung von den von der Ökonomie ausgelösten Veränderungen. Die Entfremdung zwischen demokratischer Willensbildung und ökonomisch-sozialen Verhältnissen schlägt sich aktuell noch nicht in einer gesellschaftlichen Krisenkonstellation nieder. Allerdings dürfte die Hoffnung auf eine Selbstkorrektur dieser Entwicklung illusionär bleiben.

Für die Zerstörung des regulierten Kapitalismus und des Sozialstaates existiert keine politische Legitimation durch eine Mehrheit der Wahlbevölkerung. Es gibt keine Mehrheit der Lohnabhängigen, die auf Kos-

³ Franz Walter, Die Fata Morgana der SPD, in: Spiegel online 30.8.2006; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,434368,00.html> (letzter Zugriff: 29.1.2007)

ten der Ausgrenzung der »Überflüssigen« in das kapitalistische System integriert wäre. Im Gegenteil: Die Auflösung des Lohnarbeitsstatuts stößt nicht nur bei den besonders betroffenen Lohnabhängigen, sondern auch in anderen sozialen Schichten auf Widerspruch – trotz eines enormen Drucks in und durch die veröffentlichte Meinung. Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung will sich nicht mit dem Abbau sozialer Rechte und der Zerstörung sozialen Eigentums (Krankenversicherung, Alterssicherung, öffentliche Versorgung) abfinden und hält aufgrund tief verwurzelter sozialstaatlicher Normen an der Erwartung einer sozialen Regulierung des Kapitalismus auch im 21. Jahrhundert fest.

Mit dem massiven Systemumbau des Sozialstaats im Inneren geht ein fortschreitender Umbau der Politik nach außen einher. Zunehmend wird in der »neuen Außenpolitik« der Interventionscharakter sichtbar. Es ist das traurige historische »Verdienst« von Rot-Grün, die Militarisierung der Außenpolitik forciert und durchgesetzt zu haben. Unter Missachtung des Völkerrechts hat sich die Bundesrepublik am Balkankrieg beteiligt und »deutsche Interessen« werden am »Hindukusch« verteidigt. Zum Gründungsverständnis einer NEUEN LINKEN gehört dagegen, sich jeder Beteiligung an völkerrechtswidrigen Aktionen zu verweigern, Massenvernichtungswaffen konsequent abzubauen und grundsätzlich Kriege zur Eroberung von Rohstoffquellen und Absatzmärkten auszuschließen.

Zurück zum regulierten Kapitalismus oder Sozialismus?

An die NEUE LINKE wird die Anforderung »*Wir brauchen ein realisierbares Zukunftsversprechen*« herangetragen. Gegenwärtig steht sie als politische Kraft gegen alle Versionen eines neoliberalen Gesellschaftsumbaus. Es geht um Regulierung, Ausweitung des öffentlichen Sektors und öffentlicher Investitionen, um Wirtschaftsdemokratie und eine Politik zur Aufhebung männlicher Herrschaft. In den programmatischen Eckpunkten für die neue Partei wird unterstrichen: »*Wir wollen Grundideen alternativer Politik zusammenführen*«.

Zu Recht verweist Susan George darauf, dass wir dabei auch an Ideen anknüpfen können, die bei der Auseinandersetzung um die Regulierung der kapitalistischen Ökonomien (Welthandelsorganisationen, internati-

onales Finanz- und Währungssystem) in den zurückliegenden Jahrzehnten eine Rolle spielten, letztlich aber nicht berücksichtigt wurden. Mit Blick auf ein faires Welthandels- und Währungssystem sowie die Kontrolle der Finanzmärkte und der Kapitalbewegungen gilt, *»dass wir nicht das Rad neu erfinden, sondern nur weiterdenken müssen, was Keynes vor 60 Jahren begonnen hat«*.⁴

Die NEUE LINKE muss wie alle für eine gerechte Welt engagierten Kräfte für Lösungen eintreten, die einen fairen Welthandel, ein faires Währungs- und Kreditsystem Wirklichkeit werden lassen. Diese sind nicht zuletzt auch Rahmenbedingungen für eine umfassende Gesellschaftsreform in unserem Land. Daher gilt diese Methode – an bestehende Vorschläge anzuknüpfen und sie weiterzuentwickeln – auch für die soziale Sicherheit oder die Aufhebung geschlechtsspezifischer Diskriminierungen.

Die kapitalistische Marktwirtschaft ist gegenwärtig nicht in der Lage, die arbeitsuchenden Menschen und die unausgelasteten Produktionskapazitäten so zu kombinieren, dass diese Menschen ihre Existenz durch den Verkauf ihrer Arbeitskraft eigenständig und unter Achtung ihrer Würde gestalten können. Zudem gerät die kapitalistische Rationalität immer stärker in Widerspruch zu einem ressourcensparenden und umweltverträglichen Einsatz der Natur. Die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums geht immer stärker in Richtung der Begünstigung der leistungslosen Vermögenseinkommen. In der kapitalistischen Wirtschaftsordnung liegt die Macht bei den Eigentümern und den von diesen beauftragten Managern und Vermögensverwaltern. Eine leistungsbezogene Verteilung findet nicht statt.

Die undemokratische Eigentums- und Unternehmensverfassung ist der Grund für die Mängel innerhalb der kapitalistischen Hauptländer sowie das wachsende Missverhältnis zwischen diesen Hauptländern und der Peripherie des Weltsystems. Eine Demokratisierung der Wirtschaft würde demgegenüber zu einem entschiedenen Politikwechsel führen, d.h. zu einer wesentlichen Verminderung der Massenarbeitslosigkeit und der Umweltzerstörung.

⁴ Susan George: Zurück zu Keynes in die Zukunft, in: Le monde diplomatique, Januar 2007.

Erlangen die Gewerkschaften die Fähigkeit zur Durchsetzung von angemessenen Einkommensforderungen und zur Durchsetzung von Arbeitszeitverkürzungen zurück, ist die Grundlage für einen erhöhten privaten Konsum in anderen qualitativen Strukturen geschaffen und hätte beschäftigungswirksame Effekte zur Folge. Die wachsende Produktivität lässt sich nutzen für deutliche Arbeitszeitverkürzungen bei gleichem Lohn sowie für höhere Realeinkommen.

Damit würde die Arbeitsproduktivität wiederum zur wesentlichen wirtschaftlichen Grundlage des Sozialstaates des 21. Jahrhunderts. Sie ermöglicht steigende Einnahmen für öffentliche und soziale Kassen und stellt sicher, dass ein umfassendes System sozialer Sicherung entwickelt und allgemeine, öffentliche Aufgaben wahrgenommen werden können.

Eine an der Lohnarbeit orientierte Zukunftsvorstellung kann den Übergang in eine neuartige gesellschaftliche Entwicklung eröffnen. Ausgehend von den gegenwärtigen Widersprüchen geht es um eine Umstrukturierung der Verteilungsverhältnisse und eine Neuordnung der Wertschöpfung. Die politische Alternative zu Stilllegungsprämien für die faktisch oder vermeintlich Überflüssigen und »aktivierender« Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ist die Veränderung der ökonomischen, politischen und geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnisse.

Mit einem Maßnahmenbündel, das im Kern eine Veränderung der Verteilungsstrukturen zum Hebel für eine Veränderung des gesellschaftlichen Wertschöpfungsprozesses und eine planmäßige Veränderung der Strukturen von Wirtschaft und Gesellschaft macht, hatte bereits Keynes im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts für eine Strukturpolitik plädiert, die die hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften aus Stagnation, Depression und Deflation herausführt.

Im Kern geht es dabei um folgende Schritte:

1. Ausweitung des »sinnvollen« Konsums, Zurückdrängung der Sparquote, Ausweitung öffentlicher Investitionen;
2. Ausbau öffentlicher Güter und Dienstleistungen (vor allem Bereich von Gesundheit, Bildung und Kultur);
3. Arbeitszeitverkürzungen in verschiedenen Formen.

Bedingung für dieses Zeitalter des Arbeitsvermögens ist also: Überschreitung des Horizonts der Lohnarbeit, radikale Veränderung der Verhältnisse, gesellschaftliche Steuerung der Produktion und eine grundlegende Reform von Politik und öffentlichem Sektor. Die Monopolisierung der gesellschaftlichen Entwicklung mit ihren materiellen und intellektuellen Vorteilen durch und für einen kleinen Teil der Gesellschaft (die wirtschaftliche Elite und die Vermögenden) auf Kosten der großen Mehrheit gilt es aufzuheben.

Kontakt

Joachim Bischoff: joachim.bischoff@t-online.de

Björn Radke: bjoern.radke@bahnhof-city.de

c/o Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg

VSA: Kapitalismusanalyse



Joachim Bischoff

Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus

Strukturen, Widersprüche,
Alternativen

244 Seiten; EUR 16.80

ISBN 978-3-89965-184-3

Im Buchhandel oder direkt bei
VSA-Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,
20099 Hamburg

e-Mail: info@vsa-verlag.de

www.vsa-verlag.de